Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 20 | Halver, Donnerstag, den 24. November | 1949

London spricht von einem Kompromiß

„Die Deutschen werden sich mit dem Rest der Demontage abfinden müssen"

Von unserem Mitarbeiter

rs. London, 23. November.

Schon vor ihrer Veröffentlichung wirft die für Donnerstag angekündigte Verlautbarung über das Ergebnis der Besprechungen zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und den Alliierten Oberkommissaren ihre Schatten voraus. Der allgemeine Eindruck ist, daß die durch die Pariser Dreimächtekonferenz eingeleitete neue Phase der Deutchland-Politik mit einem Erfolg beginne.

Der Korrespondent der „Times" in Bonn schreibt, die Verlautbarung werde ein Dokument von vier Nationen sein und dadurch die Entwicklung, die in Paris ihren Anfang nahm, besonders hervorheben. Es sei vor allem wichtig durch die Schaffung einer neuen Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten. Aus der Stimmung in alliierten und deutschen Kreisen schließt der Korrespondent, daß ein Kompromiß erreicht wurde, welches sowohl dem französischen Bedürfnis nach Sicherheit wie dem deutschen Verlangen nach erweiterten Machtbefugnissen entspricht.

„Manchester Guardian" berichtet, man dürfe hoffen, daß die Deutschen sich mit den restlichen Demontagen abfinden, und daß die Bundesregierung für deren Durchführung die Verantwortung übernehmen werde. Die gleiche Meinung bringt der „Daily Telegraph". Das Blatt schreibt, Dr. Adenauer habe schwer um andere Zugeständnisse gekämpft, um so die Wirkungen eines so wenig schmackhaften Übereinkommens auszugleichen.

*

Wie die Hohe Kommission bestätigte, wird die Zuständigkeit für deutsche Wirtschaftsangelegenheiten im Ausland deutschen Stellen übertragen. Die Bundesregierung wird von nun an Wirtschaftsverträge mit anderen Staaten selbst schließen und unterzeichnen. Die Verträge müssen jedoch von der Hohen Kommission genehmigt werden.

Umstrittene Debatte

dp. Bonn, 23. November.

Die Regierungsparteien im Bundestag haben sich in ihren Fraktionssitzungen am Mittwochabend gegen eine außenpolitische Debatte über die von der Bundesregierung in den deutsch-alliierten Verhandlungen getroffenen Abmachungen ausgesprochen. Einem sozialdemokratischen Antrag auf eine außenpolitische Debatte wollen die Regierungsparteien mit einem Antrag auf „Schluß der Debatte" begegnen. Die CDU-CSU-Fraktion will eine entsprechende Debatte im Bundestag für die kommende Woche vorschlagen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion fordert, daß im Anschluß an den für Donnerstag vor dem Bundestag erwarteten Bericht des Bundeskanzlers Dr. Adenauer über die Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren und über die deutsch-alliierten Protokolle eine Aussprache im Bundestag stattfindet. Sie teilt nicht die Meinung des Bundeskanzlers und der Regierungsparteien, daß eine solche Aussprache bei der politischen Lage nicht wünschenswert sei. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Erich Ollenhauer erklärte dazu einem dpa-Vertreter, daß die Zustimmung des Parlaments zu so weit reichenden Schritten wie die Unterzeichnung des deutsch-alliierten Protokolls und ein möglicher Beitritt Deutschlands zur Ruhrkontrolle nach Ansicht der SPD erforderlich sei.



Bundesminister Dr. Wildermuth

Wiederaufbauminister Dr. Wildermuth erläuterte ein großes Propramm

Vereinte Kraft gegen die Wohnungsnot

Ohne Zwangsanleihen und Sonderabgaben — Allmählicher Abbau der Zwangswirtschaft

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 23. November.

Der Bundesminister für den Wohnungsbau, Dr. Wildermuth, erläuterte in der Bundespressekonferenz den Standpunkt der Regierung zum Wohnungsbauprogramm: Es gelte zunächst, die Anfangsschwierigkeiten zu überwinden, die Menschen aus den Bunkern, Kellern und Baracken herauszuholen und einen klaren Plan auszuarbeiten, der auch mit einiger Sicherheit durchgeführt werden könne. In wenigen Wochen wird dem Bundestag ein Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaus zugehen, das die verschiedenen Einzelgesetze zusammenfassen soll. Dieses Gesetz wird die erste Phase in der Durchführung des kurz- und langfristigen Wohnungsbaues einleiten. Zurzeit fehlen in der Bundesrepublik wenigstens

4 Millionen Wohnungen,

für deren Herstellung ein Kapitalaufwand von 40 bis 50 Milliarden DM erforderlich wäre. Es ist selbstverständlich, daß sich der Bau einer so großen Anzahl von Wohnungen auf mehrere Jahre verteilen muß. Immerhin rechne die Regierung damit, jährlich bis 300 000 Wohnung bauen zu können.

Im Baujahr 1950 sollen nach dem Plan des Bundesministeriums etwa 250 000 Wohnungen gebaut werden, für die ein Kapital von 2,3 bis 2,5 Milliarden DM aufzubringen wäre. Hiervon erscheine die Aufbringung von etwa 1,8 Milliarden DM nach den bisher geführten Verhandlungen als gesichert. 600 bis 700 Millionen DM sollen dem Kapitalmarkt (ohne Kreditanstalt für Wiederaufbau) entnomenen werden, etwa 60 Millionen DM aus Gegenwertmitteln der Marshall-Plan-Einfuhren, 250 bis 270 Millionen DM aus Mitteln des kleinen Lastenausgleichs und bis zu 300 Millionen DM aus Haushaltsmitteln der Länder und Gemeinden. Der Minister bezeichnete es als durchaus wahrscheinlich, Darlehen von Arbeitgebern und Mietern, 100 Millionen DM aus den Soforthilfemitteln aufgebracht werden könnten. Aus Gegenwertmitteln sollen über den genannten Betrag hinaus weitere 250 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden.

Auf jeden Fall sind für die Finanzierung der jährlichen Wohnungsbauprogramme keinerlei Zwangsanleihen und auch keine Sonderabgaben geplant. Auch Auslandsanleihen seien nicht zu vertreten. Hinter dem Bau neuer Wohnviertel und Siedlungen dürfe der Wiederaufbau der Trümmerstädte unter keinen Umständen zurückstehen. Die Frage der Trümmerhypotheken werde in diesem Zusammenhang ebenfalls geregelt. Die Privat-Initiative soll durch Steigerung der Rentabilität der Häuser, durch eine weitere Senkung der Baukosten und durch den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft ein erhöhter Anreiz gegeben werden. Überhöhte Mieten und Zwangsbewirtschaftung seien die größten Hindernisse für eine rege Bautätigkeit.

Als besonders wichtige Maßnahme bezeichnete der Minister die vorgesehene Ausdehnung des Beleihungsraumes für erste Hypotheken auf 60 bis 70 Prozent durch die dazu beglaubigten Institute. Dies solle durch die Übernahme von Bürgschaften der Öffentlichen Hand ermöglicht werden, wobei eine Subsidärbürgschaft des Bundes erwogen werde. Auch das Bausparen sei wichtig und verdiene jede Förderung. Vorgesehen sei eine Bevorschussung der abgeschlossenen Bauspar-verträge durch das zentrale Bankensystem.

Als unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg des Wohnbauprogramms bezeichnete der Minister eine

Politik des niedrigen Zinsfußes

für langfristige Wohnungsbaukredite. Es werde auch erwogen, die Hergabe öffentlicher Mittel und unter Umständen auch die Steuervergünstigung an die Bedingung niedriger Baukosten und niedriger Mieten zu knüpfen. Der Baukostenindex sei im Jahre 1949 ständig gesunken und liege zum Teil bereits beträchtlich unter 38 DM für einen Kubikmeter, in Berlin seien sie stellenweise schon auf 25 DM gesunken.

Zum Schluß gab der Minister bekannt, daß die Aufhebung der Bewirtschaftung und der Mietpreiskontrolle für solche Wohnungen geplant sei, die ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel errichtet wurden. Sind öffentliche Mittel dabei verwandt worden, so soll dem Hauseigentümer das Recht zustehen, aus einer Vorschlagsliste des Wohnungsamtes einen ihm genehmen Bewerber auszuwählen.

Heute Unterrichtung des Bundestages

über den Inhalt des Petersberg-Abkommens

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 23. November.

In der am Donnerstag stattfindenden Plenarsitzung des Bundestages wird der Bundeskanzler um 17 Uhr das mit den Hohen Kommissaren geschlossene Abkommen bekanntgeben. Zur gleichen Zeit wird der Wortlaut dieses ersten politischen Vertrages seit Kriegsende in Washington und London veröffentlicht.

Der Wortlaut des Vertrages wurde, wie wir bereits gestern mitteilten, am Dienstagabend auf dem Petersberg festgelegt. Der Mittwoch galt lediglich der Erledigung formeller Fragen. So z. B. der Ausfertigung der Textfassungen in den verschiedenen Sprachen. Am Donnerstagvormittag wird der Bundeskanzler die Fraktionsvorsitzenden über den Inhalt des Abkommens informieren.

Die Tatsache, daß das Abkommen bisher noch nicht formell unterzeichnet wurde, wird in hiesigen politischen Kreisen dahin ausgelegt, daß man vor der Unterzeichnung die Zustimmung des Parlaments herbeiführen will. Von der Boner Regierung wird zwar die Notwendigkeit einer parlamentarischen Ratifizierung bestritten, da es sich nicht um einen formellen Staatsvertrag handele, sondern lediglich um die Auslegung der den Alliierten von der Bundesregierung zustehenden Machtbefugnisse. Im Bundestag steht man jedoch auf dem Standpunkt, daß ein solches Vorgehen eine Brüskierung des Parlaments bedeuten würde. Die Opposition vertritt die Auffassung, daß die Regierung zur Befragung des Parlaments in dieser so bedeutungsvollen Angelegenheit nicht nur aus juristischen, sondern auch aus moralischen Gründen verpflichtet sei.

Bundeskanzler Dr. Adenauer äußerte am Mittwoch auf einer Kabinettsitzung in Bonn, daß die deutsch-alliierten Verhandlungen die Bundesrepublik ein gutes Stück vorwärts gebracht hätten. Eine Bundesdebatte über das deutsch-alliierte Protokoll, das am Donnerstag veröffentlicht werden soll, hält Dr. Adenauer in Anbetracht der politischen Lage nicht für wünschenswert. Von offizieller Regierungsseite wurde betont, daß ein Beitritt der Bundesregierung zur Ruhrbehörde einen Akt der Regierungsexekutive darstelle. Die Bundesregierung halte eine Verankerung des Ruhrstatuts in der deutschen Gesetzgebung durch Einbringen einer Gesetzesvorlage im Bundestag im Hinblick auf die spätere Entwicklung nicht für glücklich.

Schumacher fordert Staatsgerichtshof

Letzte Drahtmeldung

kh. Hannover, 23. November.

Der Beitritt Deutschlands zum Ruhrstatut sei verfassungswidrig zustandegekommen und deshalb für das deutsche Volk nicht bindend, erklärte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Dr. Schumacher vor 5000 Versammlungsteilnehmern. In seinen Ausführungen verglich er die Bundesrepublik mit einer konstitutionellen Monarchie, in der der Kanzler in Ermangelung eines Monarchen den Hohen Kommissaren und der Schwerindustrie verantwortlich sei. Schumacher forderte die sofortige Errichtung eines Staatsgerichtshofes, der u. a. dann auch über die Frage der Gültigkeit von Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut entscheiden solle. Er kündigte für die nächsten Tage in Bonn einen Entwurf zur Schaffung eines derartigen Staatsgerichtshofes mit über 70 Artikeln an.

Demontagepolitik auf zwei Gleisen

Zwei Blockstraßen der Thyssen-Hütte noch nach England versandt?

dpa. Düsseldorf, 23. November.

Im Augenblick des erwarteten Demontagestops für die Thyssen-Hütte wurde die britische Demontageabteilung in Duisburg trotz anderslautender Vorankündigungen über die neuen Ruhrvereinbarungen angewiesen, die beiden demontierten schweren Blockstraßen der August-Thyssen-Hütte sofort zu verschikken. Ein Empfängerstaat für die Anlage wurde bisher nicht genannt. In gut unterrichteten Kreisen nimmt man jedoch an, daß die Blockstraßen nach England versandt werden sollen.

Wie die Werksleitung der Thyssen-Hütte dazu mitteilt, ist die Bundesregierung dringend gebeten worden, bei den Hohen Kommissaren die Erhaltung der Blockstraßen zu erwirken. Der Verlust dieser Anlagen würde die Wiederinbetriebnahme der Hütte nach ihrem Wiederaufbau um mindestens 1½ Jahr verzögern.

Naht das Ende der Konzerne?

In Amerika führt man schon seit langer Zeit einen Kampf gegen Konzerne mit wechselndem Erfolg. Die in ihrer Monopol-Stellung bedrohten Konzerne haben die fähigsten Anwälte und und beeinflussen die öffentliche Meinung. Einen großen Prozeß gegen eine Lebensmittel-Läden-Zentrale hat das amerikanische Justizamt bereits in zwei Instanzen gewonnen. Jetzt sollen die Trusts für Aluminium, Zigaretten, Kautschuk und Branntwein zerschlagen werden. Aus vier Fleischfabriken Chikagos will man 16 unabhängige Firmen schaffen.

Das ist nur eine kleine Auslese aus dem großen Programm der amerikanischen Konzernzerschlagung. Man will die kleine, aber leistungsfähige Firma fördern, weil sie keine Monopol-Stellung hat und deshalb nicht die Preise diktieren kann, sondern aus Konkurrenzgründen niedrig kalkulieren muß.

In Amerika wundert man sich, daß die deutschen Kartelle noch bestehen. Man führt das zum ersten auf die Haltung der britischen Regierung und Labourparty zurück, da sich erfahrungsgemäß große Kartelle leichter sozialisieren lassen als kleine Firmen. Zum anderen vermutet man, daß die Franzosen kein Interesse daran haben, die vielen Konzernverbindungen zwischen Frankreich und Deutschland abzuschneiden. Der französische Sozialist Leon Blum wendet sich gegen eine Verbindung der Schwerindustrieen beider Länder, die französische Zeitung „Combat" glaubt aber, daß der deutsch-französische Stahl-Trust bereits eine vollzogene Tatsache sei.

In der amerikanischen Zone ist bislang nur der Bosch-Konzern entflochten worden. Es sind aber noch mehrere große Kartelle in der amerikanischen Zone, doch können die 20 Personen des Dekartellisierungsstabes des amerikanischen Hohen Kommissars die gewaltige Arbeit der Entflechtung nicht so schnell durchführen, wie die amerikanische öffentliche Meinung es wünschen möchte.

Die deutschen Kartelle sind mit Ausnahme des IG-Farben-Konzerns, dessen Entflechtung begonnen hat, bedeutend kleiner als die amerikanischen. In über 15 Wirtschaftssparten Amerikas kontrollieren zwei bis vier Firmen fast das gesamte Anlage-Vermögen. Aber der Kampf gegen die großen Konzerne in Amerika ist schwieriger, langwieriger und kostspieliger als die Zerschlagung der wirtschaftlichen Machtzusammenballungen in dem kleinen Westdeutschland.

H.

Heimkehrer aus der Sowjetunion

dp. Berlin, 23. November.

In der Nacht zum Mittwoch trafen zwei Transporte mit 3528 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion in Frankfurt/Oder ein.

Staatssekretär Mayhew erklärte im Unterhaus, der britischen Regierung seien keinerlei formelle Anträge für Auslandkapitalinvestitionen in der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes vorgelegt worden. Die britische Regierung sei im übrigen entschlossen, die Vereinigten Stahlwerke zu liquidieren.

Die Seite der Heimat

Halver, 24. November 1949

Frauenhosen — Hosenfrauen

Fast war es, als hätte der erste Tag des Novembers die Mode plötzlich ausgelöst: Man sieht im Ortsbild wieder Frauen und Mädchen in langen Hosen. Während des ganzen Sommer über das lange Kleid bevorzugt wurde und man nur ganz selten eine „Hosenfrau" sah, brachte die einzetzende Kälte es mit sich, daß sich unser zartes Geschlecht auf die Frauenhose besann, die besonders in den Jahren des unseligen Krieges zu einem so praktischen Kleidungsstück wurde. Gewiß, es gibt nach wie vor doppelte Meinung über die auf diese Weise ver„männlichte Frau" und es ist noch unentschieden, ob bei einer Abstimmung der Männerwelt, das Für oder das Wider die Oberhand behielte. Aber das ist wohl bei allen Modedingen immer so gewesen und der Streit um den langen oder kurzen Rock wird alle Jahrzehnte wieder neu ausgefochten. Aber — und das soll man sich einmal fragen — ist die Hosenfrau oder die Frauenhose . . . ist das nur eine Modeerscheinung? Sicherlich war der Einfall jener Pariser Sängerin, die als Erste vor langen Jahren in Herrenhosen um den Eiffelturm spazierenging, eine modische Angelegenheit. Inzwischen aber ist die Frauenhose längst zu einem einfachen Kleidungsstück des Alltags geworden, das man anzieht, weil es warm hält Daß es sich wirklich so verhält, und daß unsere Mädchen und Frauen die lange Hose wirklich „zum Ueberziehen" und nicht um einer modischen Eleganz willen, brauchen, geht aus der Tatsache hervor, daß im allgemeinen nur soviel Wert darauf gelegt wird wie auf einen Regenmantel zum Beispiel. Es gibt keine Modefarbe, keinen Modeschnitt, man nimmt sich die Hose aus dem Schrank, wenn es kalt ist und freut sich, daß man nicht zu frieren braucht. Und wenn die Männer das einsehen würden, könnten sie die Frage „Hosenfrauen und Frauenhosen" endlich einmal begraben. HNK.

Halver

Heute Sitzung der Amtsvertretung

Am heutigen Donnerstagnachmittag findet im Sitzungssaal des Halverschen Amtshauses eine Sitzung der Amtsvertretung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Wahl des Amtsbürgermeisters.

Eine Fahrt in den Herbst

Ein Eltern-Nachmittag der Klasse V a der Evangelischen Volksschule

Um die Verbundenheit zwischen Schule und Elternhaus zu fördern, hatte der Klassenleiter der Klasse V a der Evangelischen Volksschule, Lehrer Hermann Dunkel, die Eltern seiner Schülerinnen und Schüler zu einem Eltern-Nachmittag in den Zeichensaal der Schule eingeladen. Fast vollzählig waren die Eltern diesem Ruf gefolgt, sollten sie doch Einblick erhalten in den Unterrichtsstoff, der zur Zeit mit den Kindern erarbeitet wird. Auch viele Kinder der übrigen Schulklassen waren anwesend, ebenso der Leiter der Schule, Rektor Dunkel. In bunter Folge erlebten hier die Eltern, wie in schöner Verbundenheit Lehrer und Schüler diesen wirklichen ansprechenden Lernstoff behandelten. Durch Lieder, Gedichte, kleine Musikvorträge gab es zwei unterhaltende Stunden, von denen alle Anwesenden begeistert waren. Lehrer Hermann Dunkel begrüßte eingangs die Erschienenen und betonte, daß er den Eltern einmal zeigen wolle, in welcher Weise heute der Unterricht durchgeführt werde. Das Unterrichtsthema der letzten Wochen allein solle hier sprechen, und solle den Eltern zeigen, welche verborgenen Talente in ihren Kindern stecken. Und schon trat der Wind auf und ein buntes fröhliches Spiel begann. Durch kleine entsprechende Kostüme, die von den Kindern selbst gebastelt worden waren, stellten sie die verschiedensten Pilze vor, oder es war der Apfelwicht, eine Schwalbe erzählte in anschaulicher Weise ihre Erlebnisse, Frau Wolke alt und gebrechlich, der Regen, St. Hubertus der Jäger, alle wollten mit dabei sein, um in ihren bunten Röckchen durch Lied oder Vortrag die Eltern zu erfreuen.

Fröhliche Jagdlieder oder ein Kanon sorgten später für eine entsprechende Abwechslung. Dann kam unser Heimatdichter Fritz Linde zu Wort und ansprechende plattdeutsche Erzählungen aus seinem Werk „Hiarkelmai" sorgten für eine echte Heimatstimmung. Ueberleitend auf den Monat November und den kommenden Winter brachte ein netter Schneeflockenreigen die Anwesenden der Adventszeit näher, um auf die kinderselige Weihnachtszeit überzuleiten.

Einstimmig war das Urteil aller Eltern, daß man diese Stunden öfter wiederholen möchte, denn gerade diese Eltern-Nachmittage sind dazu da, die Verbundenheit zwischen Schule und Elternhaus, wie schon eingangs erwähnt, zu fördern und zu festigen, denn in den jungen Herzen unserer Kinder kann eine enge Verbundenheit dieser beiden wichtigsten Faktoren in der frühesten Jugend der Schüler nur das Beste vollbringen.

Dortmund in den Novembertagen des Jahres 1947

Dieser Film wurde den Besuchern des Evangelischen Vereinshauses durch das Evangelische Hilfswerk am Mittwoch abend dargeboten. Nach kurzen, einleitenden Worten durch Dr. Johann Zeidler, Dortmund, sah man zunächst Kirchen und sonstige sehenswerte Gebäude, wie sie Dortmund vor dem Bombardement im November 1944 hatte. Ein grausiges Gegenstück boten dann die Bilder der Zerstörung — Dortmund eine Ruinenstadt. Das Evangelische Hilfswerk erkennt die Not und sendet Hilferufe hinaus. Spenden aus Schweden und der Schweiz trafen ein. — Der zweite Film „Schaffende in Not", wozu auch Dr. Zeitler erschöpfende Erläuterungen gab, zeigte die Enttrümmerung, das Wohnen in nassen Kellern, die wirtschaftliche und leibliche Not der Bewohner. Auch gaben die Bilder Aufklärung über die Arbeit der Mitternachtsmission und der Bahnhofsmission. Beides zwei wichtige Zweige des Evangelischen Hilfswerkes. — Ueber der Arbeit des Westfälischen Hilfswerkes steht der Bittruf: „Helft uns helfen!" Möge er auch bei den Bewohnern unserer Gemeinde gelegentlich der Haussammlung vom 27. November bis 11. Dezember d. J. offene Türen und gebefreudige Herzen finden.

Samstag keine Bibel- und Gebetstunde

Wie die evangelische Kirchengemeinde mitteilt, muß die für den 26. November vorgesehene Bibel- und Gebetstunde in der evangelischen Kirche ausfallen, da sich Missionsprediger Bohl auf einer vierwöchigen Missionsreise befindet. Die nächste Bibel- und Gebetstunde ist am 10. Dezember 20.15 Uhr in der Halverschen Kirche.

Schalksmühle

Dahlerbrück

Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Volmetal

Wie bereits im Anzeigenteil unserer Zeitung bekanntgegeben, lädt die Konsumgenossenschaft Volmetal ihre Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung am kommenden Mittwoch, dem 30. d. M. in das Restaurant „In der Liet" in Dahlerbrück ein.

Hülscheid

Stiftungsfest des MGV Eintracht

Der Männergesangverein Eintracht Kuhlenhagen feiert am kommenden Wochenende im Vereinslokal Fröhling sein 55jähr. Stiftungsfest.

Kierspe

Im Silberkranze

Die Eheleute Karl Schmidt und Frau Mariechen geb. Scharfe zu Höferhof konnten das Fest der Silberhochzeit begehen. Herzlichen Glückwunsch!

Kierspe-Bahnhof

Ein Zechpreller ging durch die Lappen

Am vergangenen Wochenende ging ein Gast aus Vollme aus der Wirtschaft Becker Schnörrenbach, ohne seine Zeche zu bezahlen. Er nahm auch noch den falschen Hut mit, seine eigene Kopfbedeckung blieb hängen.

Halvers katholische Volksschule erhält einen Erweiterungsbau

Bürgermeisterwahl verschoben — Einkellerungsbeihilfen werden gewährt — Sozialer Wohnungsbau stand im Vordergrund der Halverschen Gemeinderatssitzung

Zu einer planmäßigen Sitzung des Halverschen Gemeinderats waren sämtliche Vertreter anwesend, als Bürgermeister Köster am gestrigen Mittwoch nachmittag die Sitzung mit begrüßenden Worten eröffnen konnte. Nach der üblichen Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und Bestimmung des Vertreters Escher zur Mitunterzeichnung des Protokolls, trat man sofort in die Tagesordnung ein. Als erster Punkt stand die Neuwahl des Bürgermeisters an. Hier betonte Bürgermeister Köster, daß gerade heute ein Fachblatt bei der Verwaltung eingegangen sei, woraus ersichtlich ist, daß noch verschiedene Unklarheiten in der Frage bestehen. Eine Ergänzungsnovelle der Landgemeindeordnung ist von der Militärregierung noch nicht genehmigt worden, so daß es ratsam erscheine, mit der Neuwahl noch zu warten, bis diese Frage endgültig geklärt worden sei, zumal auch der Kreis aus diesem Grunde die bereits anberaumte Kreistagssitzung verschoben habe. Die Vertreter teilten einmütig diesen Standpunkt, so daß die Wahl des Bürgermeisters zurückgestellt ist, bis eine klare gesetzliche Regelung vorliegt.

Eine Bausache des Otto Dechange in Steinbach bei Carthausen wurde anschließend verhandelt. Vor der Währungsreform hatte Herr Dechange einen Antrag auf den Bau eines Eigenheims gestellt. Dieser Bau, der inzwischen fast fertiggestellt werden konnte, ist aber als gewerblicher Bau hergerichtet worden, da genannte Firma, aus Essen kommend, ihre gesamte Fabrikation nach hier verlegen will, und zur Zeit bereits 8 Arbeiter beschäftigt. Herr Dechange hat sich weiter verpflichtet als Anbau noch einige Wohnräume zu errichten, so daß auch die Wohnungsfrage als geklärt erscheint.

Da jedoch der gesamte Fragenkomplex noch nicht restlos geklärt werden konnte, wurde der Antrag zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung, um bis zu diesem Termin noch weitere Einzelheiten aufzugreifen, denn Vertreter Haase, Carthausen als Ortskundiger, vertrat den Standpunkt, daß in erster Linie die Kreisverwaltung zuständig sei, und nicht die Vertretung.

Als besonders wichtiger Punkt der gestrigen Tagesordnung stand die Frage, Schulerweiterungsbau an der katholischen Volksschule, an. Da die Halversche katholische Volksschule auch unter allergrößtem Raummangel leidet, 7 Schulklassen haben in der ehemaligen Rektoratschule nur 2 Klassenräume, hat sich die katholische Kirchengemeinde entschlossen, die Kosten für einen Erweiterungsbau selbst zu beschaffen. Geplant ist in den Garten hinter dem jetzigen Schulgebäude einen Schulbau zu errichten, der ca. 35—40 000 DM kosten dürfte. Von der Regierung in Arnsberg ist ein Zuschuß von 10 000 DM bewilligt worden. Sache der Gemeindevertretung war es nur, den Bau zu genehmigen, ferner das Gelände, das Gemeindeeigentum ist, zur Verfügung zu stellen, und aus den Gemeindewaldungen das erforderliche Holz kostenlos für diesen Bau zu liefern. Der Erweiterungsbau wird nach der vorliegenden Zeichnung 2 normale Klassenräume und zwei kleinere Räume enthalten und soll als Behelfsbau nur einstöckig gebaut werden. Die Vertretung begrüßte die Initiative der katholischen Kirchengemeinde auf das wärmste, da es der Gemeinde infolge der angestrengten finanziellen Lage nicht möglich sei, hier helfend einzugreifen. Gewiß sei dieser Behelfsbau nur eine Notlösung, aber diese sei dringend erforderlich, damit gerade in der Frage der Fortbildung unserer Jugend alles getan werde, was in dieser schweren Zeit getan werden könne. Die Lage des Gebäudes sei ebenfalls sehr günstig und passe sich auch in das Ortsbild sehr gut ein. Nach eingehender Aussprache, in der das Für und Wider eingehend beleuchtet wurde, stimmte die Gemeindevertretung einstimmig diesem Antrag zu, so daß in allernächster Zeit mit dem Bau dieser Schule begonnen werden kann.

Eine nachträgliche Genehmigung bedurfte die Übertragung der Schulwartgeschäfte in der Berufsschule in Halver, die bekanntlich in dem früheren HJ-Heim an der Karlshöhe untergebracht worden ist, an Johannes Prengel, der seine Wohnung in diesem Gebäude hat. Die Vertretung schloß sich dem Antrag der Verwaltung an. Bürgermeister Köster gab in diesem Zusammenhang seiner Freude Ausdruck darüber, daß die Frage der Berufsschule in Halver jetzt gelöst sei. Die Schlosser und die schulpflichtigen der Landwirtschaft können jetzt in Halver unterrichtet werden, damit fallen für diese beiden Berufszweige die Fahrten nach auswärts fort.

Das Schulgeld für auswärtige Schüler der Mittelschule in Halver mußte neu festgesetzt werden, da bereits an allen Orten und Städten der näheren Umgebung für auswärtige Schüler andere Sätze festgelegt worden seien. Während das Schulgeld für die Einheimischen jährlich 168 DM beträgt, sollen die von auswärts kommenden Schüler ab 1. April 1950 210 DM bezahlen. Da zur Zeit 15 Schüler in Frage kommen, ergibt diese Erhöhung eine Mehreinnahme von 630 DM im Jahr, zwar kein großer Betrag, aber bei der schlechten Finanzlage der Gemeinde zählt jeder einzelne Pfennig.

Ein Antrag des Pfarrvikars Taentzscher, im Behinderungsfalle statt seiner Person von ihm benannte Vertreter zu Kommissions- bzw. Ausschußsitzungen zu laden, mußte abschlägig beschieden werden, da dies gesetzlich nicht möglich ist.

Da bekanntlich der Haushaltsplan für das laufende Jahr mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließt, und dadurch die einzelnen Ansätze so niedrig wie nur eben möglich angesetzt worden sind, wurde die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben erforderlich. Es handelt sich in der Hauptsache um Steuern, Soforthilfeabgaben, Aufforstungsabgaben, letztere werden voraussichtlich später wieder erstattet, usw., die sich in den vergangenen Wochen und Monaten zwangsläufig ergeben haben. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf etwa 12000 DM. Die Vertretung genehmigte einstimmig diese überplanmäßigen Ausgaben.

Einen breiten Raum innerhalb der gestrigen Beratungen nahmen die Anträge auf Einkellerungsbeihilfen ein. Vertreter Bremicker gab zu dieser Frage als Mitglied des Finanzausschusses die erforderlichen Erläuterungen. Seitens der politischen Parteien, der Gewerkschaften und der Beauftragten der Erwerbslosen einerseits und der Kreisverwaltung andererseits sind Anträge an die Gemeinde Halver gerichtet worden, um den Ärmsten der Armen die notwendigen Einkellerungen an Kohlen und Kartoffeln sicher zu stellen. Wir müssen in diesen schweren Zeiten unbedingt den Menschen wieder in den Mittelpunkt allen Geschehens stellen und deshalb da helfen, wo es erforderlich ist. Der Stand der Erwerbslosen am 1. November d. J. in der Gemeinde Halver betrug 217 Männer, 171 Frauen, dazu die Familienangehörigen, so daß bei den Erwerbslosen eine Gesamtzahl von 660 Personen zu betreuen ist. Zwar sind seitens des Arbeitsamtes bereits je nach der Unterstützung Kohlen in Höhe von 6.— DM ausgegeben worden, für Kartoffeln kann nach den Bestimmungen des Arbeitsamtes jedoch nur ein Vorschuß gegeben werden, der zurückgezahlt werden muß. Ebenfalls haben Erwerbslose, deren Unterstützung einen gewissen Satz übersteigt, keinen Zuschuß für Kohlen erhalten, so daß auch in diesen Fällen geholfen werden muß. Anschließend gab der Leiter des Wohlfahrtsamtes Hanke die Zahlen der Gemeindeeingesessenen bekannt, die durch die Fürsorge betreut werden. Hier handelt es sich um 769 Personen, die ebenfalls für den Winter versorgt werden müssen, da auch diese Personen nicht in der Lage sind, ihre Bevorratung aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Von allen Vertretern sämtlicher Parteien wurde dieser Antrag auf das wärmste unterstützt, denn wenn man diese Zahlen hört, muß man wirklich sagen, daß auch die Not innerhalb unserer Gemeinde sehr groß ist, denn jeder 11. Einwohner muß auf irgend eine Weise unterstützt werden. Gewiß ist es äußerst schwer, hier eine richtige Lösung zu treffen, aber nach längerer Aussprache wurde dem Antrag stattgegeben, so daß das Wohlfahrtsamt in allernächster Zeit die Winterbevorratung von Kartoffeln an die in Frage kommenden Unterstützungsempfänger und von Kohle an die, die bisher noch keine Zuteilung seitens des Arbeitsamtes erhalten haben, vornehmen wird.

Ueber den sozialen Wohnungsbau referierte Vertreter Bremicker anschließend ausführlich und informierte anhand von Unterlagen der Kreisverwaltung die Vertretung über die Mittel, die hier zur Ausschüttung gekommen sind. Wie in der nachfolgenden Aussprache fast von allen Vertretern betont wurde, ist die Gemeinde Halver nicht sehr gut bedacht worden. Amtsdirektor Lohoff gab seinerseits bekannt, daß von der Verwaltung aus genügend Anträge gestellt worden seien, doch seien die erforderlichen Zuschüsse nur sehr spärlich geflossen. Hier müsse jedoch weiter versucht werden, für unsere Gemeinde aus den noch vorhandenen Mitteln Zuschüsse zu erhalten.

Gemeindevertreter Stamm sprach im Anschluß an diese Ausführungen zu der Frage Wohnungsbaunotgemeinschaft in Halver. Ueber 50 000 DM sind freiwillig ohne jeden Zwang gespendet worden. Ein ansehnlicher Betrag, für den er allen Spendern auf das herzlichste dankte. Die ersten 20 000 DM sind bereits für den Bau der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft am Oesterberg zur Verfügung gestellt worden. Ueber die weiteren 30 000 DM wird in nächster Zeit verfügt werden, und zwar besteht hier die Absicht, diesen Betrag für die 10 Siedlungsbauten, die im Anschluß an die jetzige Oesterbergsiedlung errichtet werden sollen, bereitzustellen. (Wir haben über diesen Siedlungsplan bereits berichtet.) Ein diesbezüglicher Beschluß werde wohl in den nächsten Wochen gefaßt werden. Bürgermeister Köster dankte Vertreter Stamm für seine geleistete Arbeit, denn gerade er sei es gewesen, der die Halversche Wohnungsbau-Notgemeinschaft gebildet habe, und dem dieser Erfolg zu verdanken sei.

In der Stunde der Oeffentlichkeit wurden verschiedene allgemeine Fragen behandelt. Eine vertrauliche Sitzung schloß sich an.

Rönsahl

Versammlung des landwirtschaftlichen Ortsvereins Rönsahl

Der Vorsitzende des Vereins, Wilh. Reinighaus, Haustätte, hatte die Bauern von Rönsahl zu einer Versammlung einberufen, in der die Frage der zweckmäßigen Betriebsorganisation und die Ergebnisse der von der Landwirtschaftsschule Lüdenscheid durchgeführten Feldversuche besprochen wurden. Als Redner hierzu war Landwirtschaftsrat Barrenbrügge erschienen, der diese Fragen eingehend behandelte. Im Vordergrund des Interesses stand die vermehrte Futtererzeugung auf der eigenen Scholle durch richtige Grünlandbewirtschaftung, Feldfutterbau und Anbau von Zwischenfrüchten. Der Hackfruchtbau soll vor allem auch im volkswirtschaftlichen Interesse seine bisherige Ausdehnung behalten. Die Ergebnisse der Kartoffelsortenversuche, der Getreide- und Futteranbauversuche, besonders auch Grünlanddüngungsversuche fanden besonders beifällige Aufnahme. Besonders wies der Redner darauf hin, daß erst bei richtiger Bodenbearbeitung und wenn genügend Humus (Stallmist) und vor allem Kalk im Boden sei, die Kunstdüngeranwendung erst Erfolg verspräche. Besonders sei zu beachten, daß bei einer 6—7jährigen Fruchtfolge mindestens zweimal Hackfrucht mit Stallmist angebaut werden müsse. Wie umfangreiche Bodenproben ergeben hätten, fehle besonders den Grünlandflächen sehr viel Kalk. Nach diesem Vortrag entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Im weiteren Verlauf des Abends behandelte der Redner auch den Stand der Motorisierungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft an Hand der Aufstellungen dieses Jahres und auf Grund von Maschinenvorführungen. Zum Schluß der Versammlung sprach der Vorsitzende des Landw. Ortsvereins noch über verschiedene interne Fragen. Er gab noch bekannt, daß ein Winterweizenversuch bei dem Bauern Otto Brüggenwirth-Varmert, durchgeführt würde.

Kohlebewirtschaftung wird aufgehoben

Die Kohleversorgung im Bundesgebiet hat sich in den letzten Monaten so grundlegend gebessert, daß die Kohlebewirtschaftung nach Angabe von zuständiger Seite aufgehoben werden kann. Gewisse Maßnahmen sollen vorher noch beibehalten werden.

Aus dem Kreisgebiet

Zugunglück in Werdohl

Gestern gegen 15.15 Uhr entgleiste ein Güterzug am Stellwerk Friedensstraße, dessen Wagen mit Kohle beladen waren. Die Ursache der Entgleisung steht noch nicht fest. Ein persönliches Verschulden eines Beamten oder Bedienten der Bahn liegt nicht vor.

Der Verkehr war bis 20 Uhr unterbrochen. Die D-Züge Frankfurt—Hagen und in Gegenrichtung mußten über Wennemen geleitet werden. Der Personenzugverkehr konnte im Pendelverkehr aufrecht erhalten bleiben.

Sie hören im NWDR:

Freitag, 25. November. 5.00 Die erste Stunde 5.45 Nachrichten - 6.50 Frühmusik - 6.45 Nachrichten - 7.10 Lernt Englisch - 7.20 Frühmusik - 7.45 Nachrichten - 8.05 Beliebte Melodien - 8.35 Gerhard Gregor an der Funkorgel - 8.45 Nachrichten - 9.00 Schulfunk - 10.30 Musik vom Balkan 11.30 Tschaikowskij und Mussorgskij - 12.00 Musik zur Mittagspause, dazwischen 12.45 Nachrichten - 13.50 Suchdienst - 14.00 Schulfunk - 15.30 Kurszettel - 15.40 Musikalische Kleinigkeiten 16.30 Das Buch -16.45 Nachrichten - 16.50 Klaviermusik - 17.30 Wirtschaftsfunk - 17.45 Lebendiges Wissen - 18.00 Musik zum Feierabend - 18.30 moderne Unterhaltungsmusik - 19.00 Zeitgeschehen - 19.45 Nachrichten - 20.00 Moderne Melodien - 20.45 André Chenier, dazwischen 21.45 Nachrichten - 23.00 Nachtprogramm - 0.00 Nachrichten.

Wetterbericht

Weiterhin mild

Randströmungen des nach Nordosten ziehenden Tiefs bringen weiterhin unbeständiges Wetter mit sich. Vorhersage: Stark bewölkt, einzelne Regenfälle, unverändert mild. Frische Winde aus Süd und Südwest.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver, Kirchstraße 5, Fernruf Halver 442. Hauptschriftleitung: Dr. Düsenberg. Lokale Schriftleitung: Werner Bell, Halver. Erscheint werktäglich. Postverlagsort: Halver i. W.

(Fortsetzung von Seite 2)

Das Recht auf habeas corpus

die Regierungsgewalt unterliegt, kein Unterschied gemacht werden kann."

Das Gericht wendet sich dagegen, daß irgendwelche Handlungen von amerikanischen Exekutivorganen, nur weil sie im Auslande außerhalb der territorialen Zuständigkeit der amerikanischen Gerichte stattfänden, immun von der richterlichen Gewalt und der Notwendigkeit, innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen zu bleiben, enthoben sein könnten. Als Schlußfolgerung erklärte das Appellationsgericht, daß „wenn eine Person ihrer Freiheit durch einen Akt eines Beamten der Vereinigten Staaten außerhalb der territorialen Zuständigkeit eines Distriktsgerichtes der Vereinigten Staaten beraubt ist, eine habeas-corpus-Klage dieser Person in dem Distriktsgericht eingebracht werden kann, das die Zuständigkeit über die Beamten hat, denen die unmittelbar die Freiheitsberaubung ausführenden Beamten unterstehen". Es verwies damit die Klage Oberstleutnant Ehrhardts und seiner zwanzig Mitgefangenen an das Washingtoner Distriktsgericht, das eine Verhandlung abgelehnt hatte, zur Verhandlung zurück.

Daß die amerikanische Regierung versucht, gegen diesen Spruch den Obersten Gerichtshof anzurufen, ist nicht verwunderlich. Denn die Entscheidung eröffnet allen Ausländern, die von amerikanischen (nicht internationalen) Militärgerichten verurteilt wurden, die Möglichkeit, ihren Fall zur Nachprüfung der Rechtsmäßigkeit der dem Urteil unterliegenden Gesetze, der Zuständigkeit des Gerichts und der Frage eines ordentlichen und gerechten Verfahrens vor ein Zivilgericht in den Vereinigten Staaten zu bringen. Hierunter fallen z. B. alle in Dachau abgeurteilten Prozesse.

Man kann daher, besonders in Deutschland, der kommenden Verhandlung des Obersten Gerichtshofes mit großer Spannung entgegensehen. Aber auch in den Vereinigten Staaten selbst wird diese Streitfrage mit großem Interesse verfolgt, handelt es sich doch hier um eine der grundsätzlichen Fragen der bürgerlichen Freiheitsrechte und der Beschränkung willkürlicher Machtausübung durch Organe des Staates. ea.

Ehrenhafter Freispruch Mansteins gefordert

dp. Hamburg, 24. November.

„Ich werde für meinen Mandanten einen ehrenhaften Freispruch fordern", rief der britische Verteidiger Paget im Manstein-Prozeß am Mittwoch aus. Das internationale Strafrecht sei eine Nachkriegserfindung. „Es ist geradezu phantastisch zu behaupten, daß jemand ein Kriegsverbrechen beginge, weil er Befehle von oben bestehen ließ." Paget eröffnete sein Schlußplädoyer mit einem Zitat aus Churchills Erinnerungen über die Versenkung der französischen Flotte bei Oran durch den britischen Admiral Sommerville. „Diese Handlung stellt zweifellos eine Übertretung dar, ist aber durchaus rechtsmäßig gewesen, denn es gibt Notzeiten, in denen man im Interesse des eigenen Volkes das Völkerrecht brechen muß."

Auf die Anklage eingehend, meinte Paget, ein großer Teil des Beweismaterials beruhe nur auf Hörensagen, während sich andere Beweisstücke bei der Überprüfung als falsch erwiesen hätten. Die Aussagen der Landsberger Zeugen seien erlogen, die von Ohlendorff genannten Zahlen über die Judentötungen ungeheuerlich übertrieben. Paget nannte Ohlendorff „einen der größten Lügner der Geschichte".

Manstein habe keinerlei Macht gehabt, dem SD irgendetwas zu gestatten oder zu verbieten; im übrigen sei es erstaunlich, wie selten die deutschen Truppen Vergeltungsmaßnahmen ergriffen haben trotz ihrer hohen Verluste durch die Partisanen. Eine harte Bestrafung sei angesichts der Größe der Gefahr des Partisanenkampfes nötig gewesen. Manstein habe nur Personen erschießen lassen, die mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden. Paget zog in diesem Zusammenhang Vergleiche zu einem Erlaß General Eisenhovers, der sich gegen die Werwolf-Organisation in Deutschland richtete. Der britische Verteidiger wird sein Plädoyer voraussichtlich am Donnerstag beenden.

*

Ein Vierteljahr Manstein-Prozeß

Vor einem Vierteljahr, am 23. August, betrat Fritz Erich von Lewinski, genannt von Manstein, ehemaliger Generalfeldmarschall in der Deutschen Wehrmacht, die Anklagebank des Britischen Militärgerichts im Curio-Haus in Hamburg. Damit begann der wahrscheinlich letzte Prozeß dieser Art, der sich schon in der Vorgeschichte und im Ablauf von den anderen ähnlichen Prozessen bemerkenswert unterscheidet. Mit dem Abschluß der Beweisaufnahme durch die Verteidigung tritt der Prozeß jetzt in seinen letzten Abschnitt ein.

Der bisherige Verlauf des Prozesses läßt erwarten, daß auch Recht und nicht nur die Macht maßgebend sein werden, obwohl sich die Anklagevertretung offenbar bemüht, dem Gericht den reinen Machtstandpunkt aufzuzwingen. Darüber hinaus gewinnt der Prozeß durch zwei Personen eine besondere Note. Seine überragenden Figuren sind der Angeklagte selbst und sein britischer Verteidiger R. T. Paget, Unterhausabgeordneter der Labour-Partei.

Der heute 62-jährige ehemalige Generalfeldmarschall von Manstein ist eine der großen militärischen Führergestalten auf deutscher Seite aus dem zweiten Weltkrieg. Er ist der Typ des deutschen Offiziers preußischer Prägung, und gerade darum offenbart sich in seiner Person die ganze Tragik, in die das deutsche Soldatentum dadurch gestürzt wurde, daß man es mit Dingen und Geschehnissen in Verbindung brachte, die ihm so fremd, so feind waren wie das Feuer dem Wasser. Auch von Manstein soll sich nicht für Verbrechen verantworten, die er begangen hat, sondern die er angeblich hat geschehen lassen.

Die 17 Anhaltspunkte enthalten ungefähr alles das zusammengenommen, was in anderen Prozessen dieser Art nur einzeln oder des öfteren auftrat, angefangen bei der Partisanenbekämpfung, aufgehört bei den Judenerschießungen. Das Beweismaterial — allein dreieinhalb Tonnen Heeresdokumente kamen von London ins Curio-Haus — erregt Entsetzen, und erst als die Verteidigung zu Wort kam, verwischte sich dieser Eindruck, den die Verlesung der Anklageschrift hatte aufkommen lassen. Denn durch die Beweisführung der Verteidigung rückte ein zweiter Angeklagter neben von Manstein auf die Anklagebank und drückte ihn fast beiseite, die Sowjetunion. Die Sowjetunion hat das auch klar erkannt. Der Hofschriftsteller des Kreml, Ilja Ehrenburg, überschüttete den Angeklagten, das Gericht, selbst die Anklagevertretung mit der ätzenden Lauge von Verleumdungen. Verdächtigungen und Vorwürfen, der offizielle polnische Beobachter bei dem Prozeß verließ das Curio-Haus unter Protest und ward nicht mehr gesehen. Damit belebt sich von den Deutschen noch einmal das Bild des Ostkrieges gegen die Bolschewisten mit seiner Härte, seiner Hinterhältigkeit, seiner Unmenschlichkeit.

Damit erreichte der Prozeß dann auch seinen dramatischen Höhepunkt. Der britische Verteidiger Paget, die zweite große Figur des Manstein-Prozesses, stellte an die sieben britischen Offiziere, die das Gericht bilden, die rhetorische Frage, wie sie gehandelt hätten, wenn sie an von Mansteins Stelle gewesen wären. Ihm war es möglich und vorbehalten, zum erstenmal in der Geschichte solcher Prozesse das „Wir" in die Debatte zu werfen. Aus einer profunden Kenntnis der politischen und militärischen Geschichte seines Landes wählte er Beispiele, in denen Engländer, hochgeachtete Nationalhelden seines Vaterlandes, gegen anerkanntes Recht, nur den staatspolitischen Belangen oder der soldatischen Gehorsamspflicht genügend, gehandelt haben.

Kurz vor Beginn des Prozesses hat die liberale englische Zeitung „Manchester Guardian" die ganze Angelegenheit eine „erbärmliche Geschichte" genannt und sich gegen den Prozeß gewendet. Als Vorsitzender für den Prozeß forderte das Blatt entsprechend dem Range des Angeklagten einen britischen Feldmarschall. Das Kriegsministerium kam dieser Forderung nicht nach. Die Formulierung und die Forderung des „Manchester Guardian" haben auf deutscher Seite gewiß Zustimmung gefunden. Jetzt aber läuft der Prozeß, und mit dem Angeklagten Generalfeldmarschall von Manstein fühlen sich viele Offiziere und Soldaten der ehemaligen Wehrmacht vor Gericht. Sie erwarten von dem Gericht kein Urteil, wohl aber die Feststellung, daß ihre soldatische Haltung über die gemachten Anwürfe erhaben ist, ihre Kampfesweise und Gegenmaßnahmen, soweit sie der Sicherheit und dem Schutz der Truppen dienten, gegenüber dem unerbittlichen Feind, gegenüber der Tücke des Landes und in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse berechtigt waren. — u —

Die jugoslawische Opersängerin Zinka Milanow, der der sowjetische Rundfunk kürzlich ein Liebesverhältnis mit Tito nachgesagt hatte, wies diese Behauptung als sowjetischen Unfug zurück. Bemerkenswert ist, daß solche „Verleumdungen" in Jugoslawien durchaus nicht das Ansehen eines Mannes schädigen, sondern es noch steigern. Deshalb unternimmt Tito nichts gegen diese Behauptungen.

Der Inhalt des Ruhrstatuts

Die Ruhrbehörde hat nach dem Schlußkommuniqué zum Londoner Sechsmächteabkommen den Zweck, „die Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands zu sichern, den Wiederaufbau der Länder Europas einschließlich eines demokratischen Deutschlands zu unterstützen und die enge Verflechtung ihres Wirtschaftslebens zu fordern". Als eine Hauptaufgabe des Ruhrstatuts wird die Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls der zwischen dem deutschen Verbrauch und dem Export angesehen. Dadurch soll Ländern, die nach einem gemeinsamen Wirtschaftsplan arbeiten, angemessener Zutritt zur Belieferung mit diesen Produkten verschafft werden. Gleichzeitig soll der wesentliche Bedarf Deutschalnds berücksichtigt werden.

In dem Ruhrstatut, das am 28. Dezember 1948 von den USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg veröffentlicht und am 28. April 1949 in London unterzeichnet wurde, werden als Mitglieder der Ruhrbehörde in Artikel 2 die sechs Signatarmächte und Deutschland genannt, dem der Beitritt laut Artikel vier und 31 nach Bildung einer Bundesregierung freigestellt wird.

Deutschland stehen nach Artikel 9 drei Stimmen zu, die USA, Frankreich und Großbritannien haben ebenfalls je drei, die Beneluxstaaten je eine.

Zur Beschlußfassung der Ruhrbehörde genügen acht Stimmen, abgesehen von den in vier Artikeln enthaltenen Sonderfällen. Für Beschlüsse über die Organisation und die Verfahrungsregeln der Ruhrbehörde sind laut Artikel 13 und 14 zwölf Stimmen nötig. Die Besatzungsbehörden behalten nach Art. 17 während der Kontrollperiode die Vollmacht zur Überwachung der Industrien, die verboten oder beschränkt sind, soweit dies für die Abrüstung Deutschlands erforderlich ist. Maßnahmen gegen Verstöße der deutschen Regierungen bedürfen nach Art. 24 der Mehrheit der den Signatarmächten eingeräumten Stimmen.

Die Ruhrbehörde hat nach Art. 15 das Recht zur Prüfung der von den deutschen Behörden eingeführten oder zugelassenen Verkehrs-, Preis- und Handelsgepflogenheiten, Kontingente, Zölle und sonstigen Regierungsmaßnahmen und geschäftlichen Abmachungen, die Kohle, Koks oder den Stahl der Ruhr betreffen.

Nach Artikel 17 behalten die beteiligten Besatzungsbehörden während der Kontrollperiode oder bis zu einem von ihnen zu vereinbarenden früheren Zeitpunkt die notwendigen Vollmachten, um die Entwaffnung Deutschlands durchzusetzen. Dazu gehört die Überwachung der durch Abkommen unter den Besatzungsmächten oder durch internationale Abkommen beschränkten oder verbotenen Industrien.

Nach Art. 20 hat die Ruhrbehörde das Recht, regelmäßige Berichte über Produktion, Verteilung und Verbrauch von Ruhrkohle, Koks und Stahl zu erhalten. Ebenso kann sie Informationen einholen über Vorräte oder den Export an Kohle, Koks und Stahl, die Deutschland aus anderen Quellen als dem Ruhrgebiet zur Verfügung stehen.

Der Artikel 26 sieht ausdrücklich vor, daß die Befugnisse der Ruhrbehörde nicht ausgeübt werden dürfen „zum Schutz der Handels- oder Wettbewerbsinteressen irgend eines Landes oder zur Verhinderung der friedlichen technischen Entwicklung oder der Leistungssteigerung".

In Art. 31 heißt es u. a. über den Beitritt Deutschlands und die Geltungsdauer des Abkommens: „Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. Sie muß durch geeignete Mittel gewährleisten, daß sie die im Rahmen des Abkommens vorgesehene Verantwortung übernimmt, wie sie von den Signatarmächten vereinbart werden können."

Nach Art. 32 kann das Abkommen bis zum Inkrafttreten einer Friedensregelung für Deutschland und danach im Einklang mit den Bestimmungen dieser Friedensregelung in Kraft bleiben.

Nach Art. 33 kann es auf Vorschlag der Ruhrbehörde und im Einvernehmeh mit allen Signatarmächten ergänzt oder außer Kraft gesetzt werden.

Helft uns helfen!

Das Evangelische Hilfswerk ruft in den Tagen vom 27. November bis 11. Dezember zur

Adventssammlung

auf. Wieder werden Sammler und Helfer an alle Türen klopfen und um Opfer und Gaben bitten. Mancher wird fragen: Wozu und warum? Wofür braucht man unser Geld?

Als Antwort darauf sei einiges aus der Arbeit des Evangelischen Hilfswerkes berichtet:

Die Gesamtzahl der Flüchtlinge, die in Westfalen einströmten, beträgt nach der Statistik vom 1. 9. 49 = 733 000 (Flüchtlinge A), dazu Flüchtlinge B = 31 000. Von diesen sind 455 000



evangelisch. Bei einer Gesamtzahl von 2 630 000 evangelischer Mitglieder ist demnach jeder 6. evangelische Einwohner in Westfalen Flüchtling. Bei den unabsehbaren Kriegszerstörungen unserer westfälischen Städte kommt dazu die große Zahl der Evakuierten und Bombengeschädigten. Sie alle rufen nach uns, nach unserer Liebe und Opferbereitschaft.

Ein Einsatz von 180 Flüchtlingsfürsorgerinnen und Helferinnen, die an Ort und Stelle die Sorgen der Notleidenden entgegennehmen und die nachbarliche Hilfe der Kirchengemeinden vermittelten, war die erste und dringendste Aufgabe des Hilfswerks. Es wirken heute zusammen mit 280 solcher dienenden Frauen in allen Bezirken unserer westfälischen Gemeinden, und was sie in den weitzerstreuten Landgebieten an geistlicher und praktischer Hilfe den Heimatlosen den Gemeindediensten der Inneren Mission etwa bringen, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Es wurden vom Westfälischen Hilfswerk 32 Heime und Anstalten neu geschaffen, mit 2868 Plätzen. Gleich nach dem Kriege waren binnen kurzem die nichtzerstörten Heime der Inneren Mission in Westfalen überbelegt. Da die Ablehnung der unzählbaren Aufnahmegesuche vor allem für die Alten einem Todesurteil gleichkam, mußte das Ev. Hilfswerk alle Anstrengungen wagen, um diese neuen Häuser zu bauen, zu pachten und zu unterhalten. — Neben diesen Anstalten steht ferner das Sozialwerk Stukenbrock, das in enger Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen vor allem der Aufnahme von Flüchtlingen aus Dänemark dient. Hier konnten wir vor kurzem das neue Flüchtlingskirchlein einweihen. Dabei muß dankbar berichtet werden, daß die seit Jahren bestehenden Heime und Anstalten der Inneren Mission zusammen mit dem Hilfswerk alles tun, um den Hilfsbedürftigen unserer Tage die rettende Hand zu reichen. Im ganzen stehen im Raum der Ev. Kirche Westfalen etwa 200 Anstalten und Heime mit rund 30 000 Plätzen im Dienst an unsern Alten und Kranken, an Flüchtlingen, Müttern und Kindern, die alle getragen, unterstützt und unterhalten sein müssen.

Sorge für die Berufssoldaten

Aus einem Briefwechsel zwischen dem Bundespräsidenten und dem Evangelischen Landesbischof in Württemberg geht hervor, daß der Bundespräsident den Bundeskanzler gebeten hat, eine gesetzliche Regelung für die Behandlung ehemaliger Berufssoldaten auf Bundesebene vorzubereiten. Landesbischof Dr. Haug hatte den Bundespräsidenten Friedrich um eine gerechte Lösung dieses Problems gebeten, da er tief betroffen von dem Ausmaß des Unrechts sei, welches ehemaligen aktiven Soldaten schon seit Jahren zugefügt werde.

Der Bundespräsident Friedrich antwortete, die Schwierigkeit liege etwa nicht am bösen Willen deutscher Stellen . . . □

Grüße aus Rußland

Hannover, 23. November. Das Landgericht Hannover verurteilte den 40-jährigen Kraftfahrer Hans Linow wegen fortgesetzten Betruges zu zwei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, weil er sich elf Hannoverschen Familien gegenüber als Rußland-Heimkehrer ausgegeben und ihnen Grüße von Söhnen und Vätern überbracht hatte, ohne diese jemals gesehen zu haben. Der Verurteilte, der erst kürzlich eine 1½ jährige Zuchthausstrafe wegen Betruges verbüßt hatte, erhielt dafür Nachtquartier, Essen und Geldzuwendungen. Sogar bis in das Amtszimmer des Landgerichtspräsidenten hatte er sich gewagt und auch von diesem ein kleines Entgeld für seine Grüße erhalten.

Er war Vaters Freud, Er war Mutters Glück

Ein unerbittliches Schicksal nahm am 22. November 1949 unseren Sonnenschein, unseren lieben Jungen

Willi Fritz Höfinghoff

nach kaum begonnenem Leben, im zarten Alter von 12½ Jahren durch schweres mit seltener Tapferkeit ertragenes Leiden wieder von uns.

In tiefer Trauer:

Wilhelm Höfinghoff u. Frau
Aenne, geb. Meier
Erika als Schwester
und alle Anverwandten.

Hagen (Westf.), Halver (Westf.), Funkstadt (Hessenland), 22. Nov. 1949

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 26. 11. 1949 um 11 Uhr auf dem Altenhagener Friedhof statt.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Fritz Uellenberg
Elli Uellenberg
geb. Tacke

Hohenplanken Post Schwenke — *Uelle 2* bei Radevormwald

25. November 1949

Wir sagen allen für die Anteilnahme beim Heimgang unseres geliebten Entschlafenen unseren herzlichsten Dank

Im Namen aller Angehörigen
Frau Hildegard Herbst
geb. Rasener

Todtmoos, Schwarzwald
im November 1949
z. Zt. Halver-Hesseln

Nachbarschaft Anschlag

Am Sonnabend, dem 26. 11. 49
17 Uhr, im Bahnhofslokal
außerordentliche
Mitglieder-Versammlung

Wegen der Wichtigkeit wird um regen Besuch gebeten.

Der Vorstand



Erhielt
Oldenb. Läuferschweine
August Kerspe, Halver

Pultschrank
zu verkaufen.
Hermann-Köhlerstraße 16

Gute Anzeigen sind die besten Verkäufer

Geschäftseröffnung

am 25. November 1949 in

Lebensmittel
Brot und Genußmittel

Hilde Deckardt

Halver, Hagedornstraße 4

Kunstkalender 1950 **DM 2.85**
Postkarten-Kunstkalender 1950 **DM 1.80**

Buchhandlung
Wilhelm Bell jr., Halver

In Halver:
3-Zimmer-Wohnung
I. Etage, gegen abgeschl.
3-Zimmer-Wohnung
Parterre z. tausch. Lütgenheide 16

Adventskerzen
Weihnachtskerzen
empfiehlt
Wilhelm Bell jr., Halver